

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gofjova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Sonntag, 6. Juni 1937

Nr. 132

Protestnote der spanischen Regierung

Valencia. Die spanische Regierung hat dem Geschäftsträger Großbritanniens eine Note überreicht, in der es heißt:

Die spanische Regierung wünscht feststellen zu lassen, ob der Protest gegen den barbarischen Angriff, den das Bombardement von Almeria darstellt und das von Deutschland als eine Repräsentation ausgegeben wird für die Schäden, die dem Schiff „Deutschland“ zugefügt worden sind, zweitens das Attentat auf die Souveränität Spaniens als eines unabhängigen Landes, das eine Verletzung der spanischen Ehre darstellt, drittens, daß infolgedessen die spanische Regierung sich durch Vermittlung Curer Egzelenz an das Kontrollkomitee wendet, nicht allein um einfach zu protestieren, sondern um sich a l l e Rechte vorzubehalten für den Schaden aller Art, der in materieller Hinsicht sehr schwer, in moralischer Hinsicht unberechenbar ist und der von einem Teil der Flotte hervorgerufen wurde, welcher vom Nichtinterventionskomitee mit der Kontrolle jener Verpflichtungen betraut wurde, die von diesem Komitee übernommen wurden und im Nichtinterventionspakt von den Mächten unterschrieben wurden, einem Abkommen, welches von Deutschland und Italien systematisch verlehrt wird, viertens, daß die spanische Regierung von den Ländern, die das Nichtinterventionsabkommen unterschrieben haben, die nötigen Garantien verlangt, damit die Ausübung des unbestreitbaren Rechts, Kriegsschiffe in den Gewässern, den Häfen und auf dem Territorium der Republik auszuführen, nicht ähnliche Zwischenfälle nach sich zieht wie jene, die man kennt.

Valencia. (Neuer) Der Minister Girál erklärte, daß die Regierung von Valencia wahrscheinlich eine Beschwerde beim Sanger Gerichtshof gegen Deutschland wegen der Bombardierung von Almeria vorlegen wird.

Zur Ermordung des Helmut Hirsch

Die Presse bringt Briefe zum Abdruck, die Helmut Hirsch aus dem Gefängnis an seine Angehörigen geschrieben hat. Diese Briefe sind so abgefaßt, daß sie, ohne konkrete Angaben zu enthalten, doch eine Art Alibi für die Mörder darstellen könnten. Hirsch spricht nämlich von den Leuten, die ihn mißbraucht, ihn angestiftet und dann verraten hätten und formuliert das so, daß es immerhin als Argument der nazistischen Propaganda gegen Prag gelegentlich Verwendung finden könnte. Manches andere an den Briefen, vor allem aber die unklare Selbstbezüglichung läßt den Verdacht aufkommen, daß die Briefe erpreßt oder erschlichen wurden. Vielleicht hat man dem armen Jungen Gnade für den Fall versprochen, daß er nach einem vorgelegten Text schreibt. Solche Fälle gibt es ja genug und daß ein Gefangener und vom Tode Bedrohter, um freizukommen, a l l e s unterschreibt, was man verlangt, hat sich schon des Öfteren ereignet.

Von der tschechoslowakischen Grenzstelle in Eger ist festgestellt worden, daß Hirsch die Grenze ohne Gepäck überschritten hat. Also kann er nicht „Bomben im Koffer“ gehabt haben. Bezeichnend ist auch die amtliche Meldung aus Berlin, die latonisch erklärt: Die beiden H i l l e n m a s c h i n e n, die er benutzen wollte... konnten sichergestellt werden.“ Es wird also nicht behauptet, daß Hirsch solche Maschinen — früher hieß es Sprengstoffe oder Bomben — beflehen oder mitgeführt, daß man sie ihm abgenommen habe. Sie wurden „sichergestellt“. Das heißt, die Gestapo hat sich die Sache ganz einfach gemacht. Sie hat dem Gericht zwei Hüllmaschinen übergeben und dazu einen jungen Mann eingeliefert. Die übrige Blutarbeit besorgte der unter dem Namen „Volksgericht“ auftretende Mörderzettel.

Balkan-Rundreise Neuraths

Berlin. Der Reichsminister des Neuherrn, Freiherr von Neurath, wird Montag früh nach Belgrad zufliegen, wo er sich bis Mittwoch aufhalten wird. Mittwoch nachmittags wird Neurath nach Sofia weiterfliegen, wo er während des Donnerstags bleibt. Am Freitag nachmittags wird sich der Reichsaußenminister nach Budapest begeben. Voraussichtlich trifft er am Samstag wieder in Berlin ein.

Um 120.000 Arbeitslose weniger!

Um 259.000 weniger als im Vorjahr / Zum erstenmal seit sechs Jahren unter 400.000 / Weitere Besserung auch im deutschen Gebiet

Der Mai hat im ganzen Staatsgebiet einen Rückgang der Arbeitslosenzahl in einem Ausmaß gebracht, welches die optimistischsten Erwartungen rechtfertigt. Der Unterschied zwischen dem April und dem Mai beträgt nicht weniger als 23.7 Prozent, also fast ein Viertel, zwischen dem heurigen und dem vorjährigen Mai sogar 40 Prozent! Die Arbeitslosenzahl ist zum erstenmal seit sechs Jahren unter 400.000 gesunken und ist die niedrigste, die seit November 1931 gemeldet wurde! Es wurden gezählt

am 30. April 503.632,
am 31. Mai 384.388

Arbeitslose, so daß die Zahl zwischen dem 1. und dem 31. Mai

um 119.246 abgenommen

hat. Da im Mai 1936 noch 637.385 Arbeitslose gemeldet waren, hat also ihre Zahl im Vergleich zum vergangenen Jahr

um 253.000 abgenommen.

Zahlenmäßig (hingegen nicht verhältnismäßig) ist an dem Rückgang im Vormonat am stärksten Böhmen beteiligt, wo um 40.563 oder 16,6 Prozent weniger Arbeitslose gemeldet wurden, dann folgt Mähren-Schlesien mit 39.906 oder 28,0 Prozent und die Slowakei mit 37.798 oder 34,0 Prozent. In Karpathenland ist die Arbeitslosenziffer um 97,9, ein Fünftel, gesunken. Die immer stärker sich ankündigende wirtschaftliche Besserung kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Arbeitslosenzugang im heurigen Jahr weit aus jenen der vergangenen Jahre übertrifft. Wurde im Jahre 1936 mit 82.000 ein Maximum erreicht, so kann die heurige Senkung um 119.000 als ein Rekord bezeichnet werden.

Die Gründe hierfür sind vor allem in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung zu suchen, die eine Steigerung der Ausfuhr und eine Belebung des Wirtschaftslebens überhaupt zum Ziele hatten und z. B. in der heurigen intensiveren Bau- und Bewegung große Erfolge zeitigten. Nur diesem Umstände ist es zuzuschreiben, daß die industriellen Gebiete nicht zahlenmäßig von den andern überflügelt wurden, in welchen die beginnenden Saisonarbeiten ihren großen Beitrag zur Wiedereinstellung von Arbeitskräften liefern. Der Gesamtbericht, der vom Fürsorgeministerium ausgeben wurde, stellt vor allem als erfreuliche Tatsache auch fest, daß ein bedeutendes Zurückweichen der Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten zu verzeichnen ist.

Auf das Konto der Belebung der industriellen Produktion ist es zu sehen, wenn die Zahl der nicht untergebrachten Arbeitslosen zum Teil um Hunderttausende unter dem Stand früherer Jahre liegt. Sie ist niedriger gegenüber 1936 um 252.999 gegenüber 1935 um 282.047 gegenüber 1934 um 240.464 gegenüber 1933 um 342.243 gegenüber 1932 um 102.842

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Tatsache, daß wir im heurigen Jahre die geringste Arbeitslosenzahl seit sechs Jahren erreichten, kann nicht hoch genug bewertet werden. Das letzte Jahr, in welchem diese Zahl geringer war, ist das Jahr 1931. Damals gab es 249.000 nicht untergebrachte Arbeitskräfte, also um 135.000 weniger als heuer. Wenn man berücksichtigt, daß in den letztvergangenen sechs Jahren 250.000 bis 300.000 neue Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zugewachsen sind, so bedeutet das, daß heuer mehr Arbeitskräfte beschäftigt sind als im Jahre 1931.

Der englische Kontrollplan

Italiens Antwort noch ausständig / Frankreich gegen Sanktionen

London. Die Antworten auf die britischen Vorschläge, in welcher Weise die die Seelkontrolle in den spanischen Gewässern durchführenden Schiffe geschützt werden sollen, wurden Samstag von Paris und Berlin nach London übermittelt. Die italienische Antwort ist noch nicht fertiggestellt, da die diesbezügliche Fühlungnahme zwischen Rom und Berlin noch nicht abgeschlossen ist.

Der englische Plan sieht eine Reform der Spanien-Kontrolle vor. Die Schiffe der vier Seemächte sollen mehr als bisher eine Einheit bilden, die Kontrolle also stärker den Charakter einer Blockade gewinnen. Spanische Häfen sollen eine neutrale Sicherheitszone erhalten, in der Regel aber gar nicht benützt werden. Bei Angriffen auf ein Kontrollschiff würden die Schiffe der übrigen Blockademächte zu Hilfe eilen.

Ueber die französische und die deutsche Antwort wird in London bekannt, daß Paris Sanktionen ablehnt, aber einer gemeinsamen diplomatischen und seetechnischen Zusammenarbeit zustimmt, deren Kreis durch Einbeziehung anderer Mächte über das Ausmaß der bisher aktiv gewordenen vier Großmächte hinaus erweitert werden soll.

Berlin, das gegen eine engere Zusammenarbeit keine Einwendung hat, soll Wert darauf legen, daß den Kontrollmächten das Recht auf individuelle Handlungsfreiheit gewahrt bleiben soll. Das würde bedeuten, daß Berlin die vorgeschlagene Verletzung des Schutzes der Kontrollschiffe durch weitgehende Zusammenarbeit der einzelnen Flottenkommandos nur als zusätzliche Sicherungsmittel annehmen würde, an erste Stelle jedoch weiterhin die „Selbstverteidigung“ stellt, wie sie im Falle der Beschießung von Algerien geübt wurde.

Im Foreign Office hat Samstag der russische Charge d'Affaires vorgeschlagen und Bedenken gegen die Durchführbarkeit der britischen Vorschläge zum Ausdruck gebracht.

Deutschland beharrt auf Privatrache

Berlin. Dem Neuterberichterstatter wurde von offiziellen politischen deutschen Kreisen mitgeteilt, daß Deutschland an seiner Forderung festhalten möchte, daß die Kommandanten der deutschen Kriegsschiffe in den spanischen Gewässern auch ohne vorhergehende Beratung mit den Kommandanten der übrigen Flotten unverzüglich alle unerlässlichen Verteidigungsmaßnahmen treffen und selbst über eine Neuanfrage entscheiden dürfen, falls sich Fälle, wie es das Insident mit der „Deutschland“ war, wiederholen sollten.

Roms Zustimmung mit Vorbehalten

Rom. Die italienische Antwort auf die britischen Vorschläge wird wahrscheinlich Anfang nächster Woche überreicht werden. Man erwartet, daß die Antwort grundsätzlich zustimmend sein, daß sie aber hinsichtlich der technischen Einzelheiten einige Vorbehalte enthalten wird.

Mißtrauen gegen Deutschland hält an

In der Londoner Presse werden eine verächtliche Rede des britischen Vizekonsuls in Berlin, Henderson, und deren Auslegung durch die deutschen Zeitungen lebhaft erörtert. Die englischen Blätter sprechen sich ziemlich einmütig dahin aus, daß sich in der Haltung Großbritanniens gegen Deutschland nichts geändert habe. Man lehne weiter die Methoden des Nazismus ab, man hege Mißtrauen gegenüber Deutschland und sehe in ihm einen Faktor der Unruhe und Kriegsgefahr. Wenn man trotzdem das Neuherrn ein Loyalität leihe und dauernd mit Deutschland verhandle, um es zu einer friedlichen Politik zu bewegen, so dürfe man darauf in Berlin keine falschen Hoffnungen setzen.

Aus dem Inhalt:

- Vorbereitungen zur Arbeiter-Olympiade in Antwerpen
- Gegen den SdP-Terror in Karlsbad
- Hollube beim Obersten Gerichtshof abgeblitzt
- Heute Hirtenbrief gegen Goebbels

Tschechoslowakische Anleihe

Ein Stück aktiver Wirtschaftspolitik

In den letzten Tagen sind zwei Nachrichten bekannt geworden, welche für die Staatswirtschaft der Tschechoslowakei von Bedeutung sind: nach der einen übernimmt Frankreich die Garantie für eine tschechoslowakische Anleihe im Betrag von 800 Millionen fr. Francs (d. i. etwas über eine Milliarde Kč), nach der andern hat die Postparafasse eine ausländische Anleihe von 330 Millionen Kč erhalten. Die französische Anleihe wird vorläufig nicht aufgenommen, sie wird nach Bedarf jeweils in Anspruch genommen, dagegen handelt es sich bei der Anleihe der Postparafasse um eine vollzogene Finanzoperation, deren Wirkungen sich unmittelbar fühlbar machen.

Welchem Zwecke dient die Anleihe der Postparafasse?

Sie dient, kurz gesagt, einer weiteren Ausbelebung der Wirtschaft.

Die Regierung hat seit dem Herbst eine aktive Wirtschaftspolitik eingeleitet, um das Land aus der Krise hinauszuführen und in die aufstrebende Weltwirtschaft einzufügen. Sie hat die Währung den auf dem Weltmarkt neu geschaffenen Verhältnissen angepaßt, hat die Krone abgewertet, um die Konkurrenzfähigkeit unserer Waren mit jenen der anderen Länder herzustellen. Das geschah im Oktober. Zwei Monate später, im Dezember, hat die Regierung einen weiteren Schritt getan: sie hat einen Teil der Einfuhr (im Werte von über zwei Milliarden Kč) freigegeben, so daß die zur industriellen Verarbeitung notwendigen Rohstoffe beschafft werden konnten und überdies die Ausfuhr durch Kompensation gefördert werden konnte. Im Frühjahr des heurigen Jahres hat die Regierung schließlich ein Drittes getan, sie hat gewissen Industrien, welche durch die Krise besonders gelitten haben (Glas-, Porzellan-, Textilindustrie) eine besondere Exportförderung angeordnet, um den jüdisch-deutschen Markt zu helfen. Durch die Aufnahme der jüngsten Anleihe soll der Wirtschaftsauftrieb weiter gestärkt werden.

Die Wirtschaftskonjunktur hat in den letzten Monaten den Rohstoffbedarf unserer Industrie bedeutend gesteigert. Man denke nur an die Textilindustrie, welche sich vor einem Jahr noch in schwerer Krise befand und heute bereits mehr erzeugt als im letzten Hochkonjunkturjahr 1929! Die Folge des Bedarfes an Baumwolle, Wolle und anderen Rohstoffen der übrigen Industrien ist eine starke Nachfrage nach fremden Devisen, mit denen die Einfuhr bezahlt werden muß. Die Nationalbank ist den Ansprüchen unserer Industrie bereitwillig entgegengekommen, die Folge davon war, daß ihr Devisenbestand der Nationalbank am 31. Dezember 1936 laut Ausweis 440 Millionen Kč betrug, war er bis zum 23. Mai 1937 auf 116 Millionen gesunken. Sollte nicht eine Störung in der Rohstoffzufuhr eintreten, sollte nicht durch Rohstoffmangel die Produktion eingeschränkt werden, nicht neue Arbeitslosigkeit entstehen, dann müßte der Devisenbedarf der Nationalbank wieder aufzufüllen werden. Das geschieht eben durch die Anleihe der Postparafasse. Am 31. Mai weist die Nationalbank einen Zufluß an Devisen von 327,5 Millionen auf — ein Betrag, der sich mit der Höhe der Anleihe deckt — der Devisenbestand der Nationalbank beträgt nun 444 Millionen, so viel wie Ende 1936. Nun können wieder Devisen zur Verfügung gestellt, Rohstoffe gekauft werden, die günstige Konjunktur wird nicht gebremst.

Die Aufnahme der Anleihe erfolgte also nicht etwa, weil die Staatskassa das Bargeld gebraucht hat. Dazu ist der Betrag zu klein. Sie erfolgte auch nicht deswegen, weil etwa die Deckung der Währung zu schwach wäre, denn die Nationalbank weist einen Goldvorrat von 2,5 Milliarden Kč aus, was als Deckung für unsere Währung reichlich genügt. Der Hauptzweck der Aufnahme der letzten Anleihe scheint, wie gesagt, der Beschaffung der Devisen zu dienen, damit der Aufschwung der Wirtschaft nicht unterbrochen wird. Deswegen ist die Aufnahme der Anleihe durch die Postparafasse zu begrüßen. Sie ist auch insofern ein Erfolg des Staates, als

die Tschechoslowakei heute der einzige Staat Mitteleuropas ist, der eine Anleihe erhält. Vielleicht kann man darin nicht nur ein Zeichen des Vertrauens erblicken, das die Tschechoslowakei genießt, sondern ein Zeichen des Wiederwachens des internationalen Kapitalverkehrs, dessen Verliegen der Welt ebenso gebietet hat wie die Einschränkung des internationalen Güterausstausches. Für alle

Fälle aber ist die tschechoslowakische Anleihe ein Stück aktiver Wirtschaftspolitik der Regierung. Es wäre nur zu wünschen, daß von Seite der Regierung alles veranlaßt würde, um den größten Teil jener Arbeiter, die noch immer die Arme der Arbeitslosen bilden, wieder in den Arbeitsprozeß zurückzuführen und so das Ziel des normalen Umlaufes der Wirtschaft bald zu erreichen.

Nazi-Terrorgruppe vor Gericht

Attentatspläne gegen Schuschnigg vom Oktober 1936

Wie n. Für die breite Öffentlichkeit ziemlich überraschend kam die Meldung, daß im Laufe dieses Monats in Wien die Verhandlung gegen den Ingenieur Friedrich W o i t s c h e und Genossen durchgeführt werden soll, die im Oktober des Vorjahres unter der Anschuldigung verhaftet wurden, daß sie ein Attentat gegen den Bundeskanzler Dr. S c h u s c h n i g g vorbereitet. Es handelt sich um eine nationalsozialistische Terrorgruppe.

Insgesamt werden 31 Personen in zwei Gruppen vor Gericht gestellt werden, und zwar in zwei Gruppen. An der Spitze der ersten Gruppe steht Ing. Friedrich W o i t s c h e, nicht, wie ursprünglich gesagt wurde, Wolfischer. Seine Genossen waren H. S a s l i n g e r und Josef S o l l e r. W o i t s c h e ist Österreicher, der einige Jahre in Südamerika lebte und dann nach Österreich zurückkehrte, um selbst die Angelegenheiten der illegalen nationalsozialistischen Bewegung in die Hand zu nehmen und eine Sache durchzuführen, zu der die Kräfte der heimischen Nationalsozialisten nicht ausreichten. Er gründete die Terror-

gruppen in Wien und in Niederösterreich und befaßte sich mit dem Plan eines Attentates auf den Chef der Regierung oder auf das Bundeskanzleramt. Er besorgte zu diesem Zweck Waffen und Sprengstoffe und suchte besonders die Hilfe von W i l o t e n.

An der Spitze der zweiten Gruppe steht A. W a n n g a r t e n. Die Verhandlung gegen diese Gruppe wird am 18. und 19. Juni, die Verhandlung gegen die Gruppe W o i t s c h e am 22. Juni stattfinden.

Man nimmt an, daß die gestern angekün- digte Zusammenfassung der in den letzten Jahren erlassenen Bestimmungen zum Schutze der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu einem einheitlichen Gesetzentwurf, der vom Ministerrat bereits in erster Lesung angenommen wurde, mit diesen Dingen in Zusammenhang steht. Die Vorbereitung dieses Staatschutzgesetzes deutet darauf hin, daß man gegen den steigenden Nazi-Terror stärkere Abwehrmaßnahmen ergreifen will, die auf eine feste, gesetzliche Basis gestellt werden sollen.

Die Dominions gegen europäisches Engagement

London. (Tsch. P. B.) Die Beratungen der Empirekonferenz, die gegenwärtig in London tagt, haben sich hauptsächlich auf drei Gebiete: Außenpolitik, Verteidigungspolitik und Wirtschaftspolitik beschränkt. Die Entwicklung der letzten Zeit, die Wölferbanden und die durch die spanischen Ereignisse verursachte härtere internationale Spannung brachten es mit sich, daß insbesondere seit der Rückkehr Edens aus Genf die außenpolitischen Erörterungen einen breiten Raum einnehmen. Nach Einholung von Informationen an zuständiger Stelle ergeben diese bisher ungefähr folgendes Bild: Der Zwiespalt, der zwischen der innerpolitischen Problematik der einzelnen Dominions und den internationalpolitischen Aufgaben Großbritanniens besteht, hat nach keiner Seite eine Änderung erfahren. Das bedeutet, daß weiter von den Dominions Bedenken gegen irgendwelche, das bisherige Ausmaß übersteigende außenpolitische Bindungen Englands in Europa bestehen, gleichgültig, ob diese mit dem Wölferband oder ohne ihn erfolgen. Es wird zugegeben, daß die Interessen Englands eng mit der europäischen Gestaltung verbunden sind. Auf der anderen Seite jedoch hebt man hervor, daß der Ausbau der Beziehungen zu Amerika, zum Fernen Osten und der Staaten des pazifischen Ozeans untereinander für die Gesamtheit der Dominions und damit für das britische Weltreich zumindest gleiches, wenn nicht größere Bedeutung besitzen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wird

von allen Seiten als sehr wünschenswert erachtet. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß diese durch handelspolitisches Entgegenkommen, das eine Abschwächung des Diktatorprotektionismus darstellen würde, gefördert werden dürfte. Davon könne indirekt der Kontinent, insbesondere Mitteleuropa Nutzen ziehen, das bekanntlich an einem Verzicht Großbritanniens auf die Meistbegünstigungsklausel im Verlethe mit den mitteleuropäischen Staaten sehr interessiert ist. Die Frage eines Nichtangriffs- und gegenseitigen Beistandspaktes der pazifistischen Staaten dürfte, ehe er spruchreif wird, noch einer genaueren Prüfung unterzogen werden, die voraussichtlich kaum im Verlaufe der jetzigen Sitzungsdauer der Konferenz zu erwarten ist. Immerhin läßt sich schon jetzt das deutliche Bestreben nach einer besseren Zusammenarbeit von Großbritannien und Japan erkennen, das auf japanischer Seite sehr gefördert wird. Ein Wandel in der künftigen Außenpolitik Großbritanniens als Ergebnis der Empirekonferenz ist wenig wahrscheinlich.

Hirtenbrief gegen Goebbels

Berlin. (Tsch. P. B.) In allen katholischen Kirchen wird am Sonntag eine Protest- erklärung verlesen werden, die sich gegen die Ausführungen des Reichspropagandaministers G o e b b e l s in seiner letzten Rede gegen den Kardinal Mundelein richten wird.

Gegen den SdP-Terror in Karlsbad

Interpellation des Genossen de Witte an den Innen- und den Schulminister

In einer Interpellation wegen des Terrors der SdP in Karlsbad, die Genosse de Witte dieser Tage an den Innenminister und an den Schulminister gerichtet hat, wird festgestellt, daß sich seit dem Eintritt der SdP ins politische Leben eine Verwilderung der politischen Kampfmethode eingestellt hat, der sich früher auch die extremsten politischen Gruppen niemals schuldig gemacht haben.

Wenn die Verhegung so weit gehe, daß dadurch Staatsbürger in ihrer Sicherheit bedroht und öffentliche Funktionäre in der Ausübung ihres Amtes behindert werden, so müsse man die verantwortlichen Faktoren mit aller Eindringlichkeit darauf aufmerksam machen, daß die Durchführung der Verhegung zu einer schweren Gefährdung der demokratischen Einrichtungen führen muß.

Als Beweis dafür, daß diese Methoden, die offene Gewalt und Verhegung raffiniert miteinander verbinden, sich in Westböhmen und besonders in Karlsbad selbst ganz besonders hemmungslos entfalten, führt die Interpellation einige unserer Lesern bereits bekannte Terrorfälle an, so den selbsterregten Überfall auf die Karlsbader „G r a p h i a“ und den Überfall auf den Genossen M a r o n e l, vor allem aber auch das unerhörte Messertreiben der SdP gegen Prof. Dr. K l e i n b e r g, den Geschäftsführer des Bezirksbildungsausschusses Karlsbad.

Den Vorwand zu der Hege gegen Gen. Dr. Kleinberg bot seine Schrift „Familie und Erziehung im bolschewistischen, faschistischen und demo-

kratischen Staat“, in der er die Erziehungs- methoden im totalen Staat einer scharfen Kritik unterzog. Diese Schrift wird nun von der SdP in der Presse, in Versammlungen und in der bekannten Flüsterpropaganda fälschlich als „Verleumdung des deutschen Reichszanlers“ ausgegeben, die angeblich geeignet sei, die Beziehungen der Republik zum Deutschen Reich zu trüben.

Wir halten es, heißt es in der Interpellation weiter, für u n m ö g l i c h, daß in der Tschechoslowakischen Republik ein Schriftsteller wegen seiner ausgeprägten demokratischen und sozialistischen Gesinnung einer persönlichen Hege schuldlos preisgegeben wird, die darauf abzielt, ihm die Ausübung seines Lehramtes unmöglich zu machen. Welche V e r r o h u n g diese systematisch betriebene Verhegung nach sich zieht, dafür zeugt eine ganze Reihe von Drohbriefen, die Prof. Kleinberg erhalten hat.

Auf diese Weise wurde in Karlsbad durch eine verantwortungslose, die Grenzen der politischen Betätigung lebensfähig weit überschreitende Aufstachelung der niedrigsten Instanz eine Atmosphäre geschaffen, welche für die demokratisch und republikanisch gesinnten Deutschen Karlsbads e i n f a c h u n e r t r ä g l i c h ist und in der auch ihre persönliche Sicherheit nicht mehr in dem den Begriffen eines Rechtsstaates entsprechendem Maße gewährleistet ist.

Die Interpellanten fragen daher die zuständigen Minister, was sie zu tun gedenken, um die Ehre und die persönliche Sicherheit öffentlicher Funktionäre und staatsreuer Bürger zu schützen.

Nicht im Geiste des 18. Feber bewegt sich, was ein deutscher Arbeiter unserer Troppauer „Volkspresse“ berichten muß. Er schreibt: „Seit meiner Ausreise, also fast fünf Jahre, war ich arbeitslos. All die langen Jahre hindurch wurde ich von meiner alten Mutter, bei der ich wohne und die ihre langes Brot durch Aufwartearbeiten verdient, durchgehalten. Nun endlich habe ich Arbeit in S t a u d i n g gefunden. Damit ich zu den Fahrten von meinem Wohnort zum Arbeitsplatz und zurück Arbeiterfahrarten lösen kann, besorgte ich mir unter manderlei Schwierigkeiten einen dazu gehörigen Ausweis. Hierzu waren erforderlich ein Lichtbild, welches ich mir erst anfertigen lassen mußte, die Bestätigung des Arbeitgebers, des Gemeindevorstandes usw. Nachdem dies etwa eine Woche in Anspruch genommen hatte, konnte ich endlich das Dokument zur endgültigen Beglaubigung durch das V a h n a m t in S t a u d i n g vorlegen. Zu meiner größten Bestürzung wurde ich dort mit dem Bemerkung a b g e w i e s e n, daß man mir die Legitimation nicht bestätigen könne, weil ihr Vordruck g e i s p r a c h i g ist. Ich muß mir nun einen neuen, n u r t s c h e i s c h v o r g e d r u c k t e n Ausweis lassen, die ganze Prozedur kann von neuem beginnen und wird wiederum eine Woche dauern. Inzwischen fahre ich weiterhin zwischen Wohnort und Arbeitsplatz zum vollen Fahrpreis, was mich fast meinen ganzen Verdienst, der täglich kaum 20 Kč ausmacht, kostet.“

Die Vertreter der Abstinenten beim Präsidenten der Republik. Präsident Dr. Beneš empfing am 31. Mai eine Delegation der Abstinentenorganisationen, in deren Namen Prof. Dr. F o u k a und Dr. A r n o l d S o l i t s c h e r sprachen. Der Präsident versicherte, daß er der Absti-

nentenbewegung jetzt ebenso wie früher sein Interesse widme und daß er es für notwendig halte, daß überall, wo die Gefahr der Uebertreibung, Verteilung und des Mißbrauches besteht, jemand zur Wachsamkeit, Entschlossenheit, Mäßigkeit und Ueberlegung mahne. Das ist die soziale Sendung der Enthaltensbewegung. Im Verlaufe der Unterredung, die länger als eine Stunde währte, wurde dem Präsidenten ein Memorandum über die Arbeit der Organisations- nen überreicht.

Neuer Chefredakteur der „Národní listy“. Wir haben dieser Tage über die Veränderungen im Verwaltungsrat der „Národní listy“ berichtet, die am Tage des Begräbnisses von Dr. K r a m e r vorgenommen wurden. Als Folge der Umbesetzungen im Verwaltungsrat ist nun auch ein Wechsel in der Person des Chefredakteurs des Blattes erfolgt. Der bisherige Leiter des Blattes, Abgeordneter J o s e f H o l e c e l ist zurückgetreten, zu seinem Nachfolger wurde Dr. K a r e l S o c h, bisher Beamter der Universitätsbibliothek, bestimmt.

Staatlicher Lehrgang für deutsche Buchwarte. Der dreiwöchige staatliche Lehrgang für deutsche Buchwarte findet heuer in Neutitschein in der Zeit vom 1. bis 22. Juli statt. Anmeldungen sind bis zum 20. Juni an das Institut für deutsche Volksbildung in der Tschechoslowakischen Republik, Prag II, Národní tř. 10 (Palais Donau), zu richten. Fahrpreidemäßigung, verbilligte Unterkunft und Verpflegung sowie Unterstüßungen vom Ministerium für Schulwesen und Volkskultur an die Teilnehmer sind gesichert.

JUNGES WEIB

VERONIKA

ROMAN VON MARIA GLEIT

46

„Es war in einer Kneipe, in irgendeinem Nachtlokal, und ich war verzweifelt, und ich wußte nicht, was ich tun sollte.“

Auch das mußte sie ihm sagen, es mußte ihn doch rühren in seiner Unverfänglichkeit. „Ich war verzweifelt, und ich wußte nicht, was ich tun sollte.“

„Er hatte das ja alles auch erlebt.“

„Und als ich einer zu mir setzte und mit mir trank und wie ein Kammerpöppel dahockte und zusammenfiel, da hab' ich's ihm versprochen, daß ich's tu.“

„Deutlicher! Deutlicher!“ herrschte Trutenbrott. „Der Kammerpöppel war der Doktor Fleiß? Und der hat Ihnen alles so vom ersten Augenblick an erzählt.“

„Wachen Sie mir keine Märchen vor, Mann! Kein Mensch macht so etwas! Und diesen Kerl hat Jeannette... diesen Kerl, sagen Sie, hat sie geliebt? Dann war er's also, den man aus der Ehe zog? Dann war er's also, der das Bild bei sich trug von Jeannette... Wo hat er denn das Bild her, he? Wenn er sich wochenlang verborgen hielt, wie Sie mir da erzählen, er ist ja nicht einmal gekommen, als sie starb...“

„Das Bild, das hatte sie mir noch gegeben am letzten Nachmittag... Ich mußte es ihm bringen... Und während ich unterwegs war, im Zweifel darüber, was ich tun sollte... und wie ich's verhindern könnte... da... hat... sie's getan. Sie wußte ja, wo alles lag und stand... Da hat sie selbst... die Pfloten...“

„Und dieser Schuft, der Dr. Fleiß?“

„Er war kein Schuft, er hat nur verflucht.“

„Nur — verflucht —“, murmelten die Lippen der Frau.

„Was meinen Sie damit? Sie wollen ein Verbrechen entschuldigen?“ fragte Trutenbrott.

„Von ihm aus war es kein Verbrechen“, antwortete Wannholzer. „Er hat sie nur zu sehr geliebt.“

„Nur zu sehr geliebt...“

Trutenbrott lachte, kurz und schneidend: „Und wenn man jemanden... wie sagen Sie? ... zu sehr... liebt, dann geht man hin und

erfindet lustig und fidel ein Mittel gegen Krebs, eine ganz neue, hervorragende, an keinem Menschen ausprobierte, vor keinem Sachverständigenkollegium vorgeführte Sache, man nennt das Ganze synthetisches Radium, spuckt große Töne von Atomzertrümmerung, Zerfallsprodukten, Natrium und Phosphor, brant es in Reagenzgläsern, füllt es in Phiole und spricht es hochmütigstegesehen dem zu sehr geliebten Menschen in die Kehle. Doch knapp vor diesem Wahnsinn fällt einem dann noch ein, daß man schlapp machen könnte dabei, daß es doch nicht ganz so einfach und nicht einmal so ungefährlich ist, und mit derselben Gewissenlosigkeit geht man in eine Kneipe, besüßt sich, und — sucht sich einen Prügelknaben aus, der für Geld und gute Worte...“

„Sie irren sich, Trutenbrott“, unterbrach Wannholzer den Erregten, „für Geld...“

„Wollen Sie mir einreden, daß Sie es aus purer Menschenliebe getan haben? Wollen Sie mir das etwa einreden?“ schrie Trutenbrott nun wieder.

„Ich habe es überhaupt nicht getan. Ich habe es nur versprochen. Ich habe geglaubt, den Doktor Fleiß und — Jeannette noch hinhalten zu können... Ich habe sie auf jede mögliche Art hingehalten und betört und habe geglaubt, man könne in der Zwischenzeit gütlichere Versuche unternehmen, — nur darum habe ich mich unter dem Namen Dr. Fleiß in Ihre Klinik einfinden lassen, Trutenbrott...“

„Als Jeannettes Spezialarzt, von dem sie unbedingt behandelt werden mußte... ich weiß... denn ich, ich hätte mich zu dem verbrecherischen Spiel vielleicht nicht hergegeben, nicht wahr?“

„Er schwieg, überwältigt von den Vorstellungen der Vergangenheit.“

„Und warum“, fragte er plötzlich, „warum haben Sie mich nicht ins Vertrauen gezogen, Wannholzer, wenn Sie... doch die Absicht hatten... dieses synthetische Radium wirklich erst an unverbesserten Geschöpfen ausprobierten, als die Menschen es nun einmal sind?“

„Weil Sie mich hielten von Anfang an. Weil

Jeannette es nicht wollte. Und weil ich keinen Verrat begehen konnte an ihr.“

„Triffige Gründe! Triffige Gründe, mein Lieber!“

„... und weil sie vielleicht gestorben wäre, Trutenbrott“, sagte Wannholzer ruhig, ohne den Einwand des anderen zu beachten.

„Aber sie hätte vielleicht noch einen Tag... einen Tag länger noch gelebt! Bedenken Sie, was ein Tag bedeuten kann im Leben eines Menschen!“

„Ja, vielleicht...“

„Tonlos war die Stimme Wannholzers jetzt, unperfönlich war sie, die Stimme eines Arztes, eines Wissenschaftlers, kühl und eisernob gleichig, und wurde doch plötzlich wärmer, versuchte endlich, zu überzeugen: „Vielleicht, — vielleicht ist Jeannette auch gar nicht an dieser Einsprühung gestorben. Ich möchte Ihnen gern die Aufzeichnungen, die Notizen, die Berechnungen... das alles hier, das mir der Doktor Fleiß anvertraut hat... möchte ich Ihnen gerne geben, Trutenbrott... Es ist vieles darin, das wichtig sein könnte... Vielleicht wäre Jeannette soviel an diesem Nachmittag gestorben, wer kann das wissen... Im letzten Grunde...“

„Im letzten Grunde?“ fragte Trutenbrott, und haftig, fast überstürzt, schien er das Material des Dr. Fleiß an sich zu nehmen, „im letzten Grunde? Was war im letzten Grunde, wie?“

„Im letzten Grunde ist Jeannette daran gestorben, daß sie nicht mehr an diesen Menschen geglaubt hat... nicht mehr an ihn hat glauben können, weil er so schwach war, die vermeintliche Rettung selbst zu vollbringen. Vielleicht hätte sie die Einsprühung überlebt, vielleicht hätte das neue Mittel Wunder gewirkt, wenn sie an ihn und die Kraft seiner Liebe hätte glauben können...“

„Noch einmal lachte Trutenbrott auf. „Glauben? Nicht mehr an ihn geglaubt? An solchen Märchen stirbt man nicht, das wissen Sie genau so gut wie ich, mein Welter!“

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Volkskultur und SdP-Schande

In der „Rundschau“ werden Auszüge aus einer Rede wiedergegeben, die der Leiter des „Kulturamtes“ der SdP — so etwas gibt es also auch bei Hochwagen-Bestibern! — bei der Reichenberger Kundgebung der SdP gehalten hat. Während sich Herr Konrad Henlein als politischer Statthalter der Hitlerbewegung produziert, stellt sich dieser Franz Höller als Propagandist dessen vor, was die Hitlerbarbaren als deutsches Kulturgut ausgeben. Er kann diese Funktion zur Zufriedenheit seiner Auftraggeber ausüben, denn er hat von wahrhaft deutschem Geist nicht einen Hauch verspürt, ist mit dem Wissen um das geistige Werk der Männer, die er beschimpft, nicht im geringsten beschränkt, hingegen mit einer großen Dosis Unverfrorenheit begabt. Er ist also ein richtiger Träger der Nazi-Kultur, und man kann sich darauf verlassen, daß nur der nazifisierende Schund vor seinen Augen Gnade findet. In gewissem Sinne können seine Auffassungen jedem zur Nichtscham dienen, der sich um das Finden deutschen Geistesguts bemüht: was das „Kulturamt“ der SdP beschimpft, ist sehr zu empfehlen!

Herr Höller beklagt sich darüber, daß kein einziger maßgebender Tische ein „wirklich deutsches Buch“ kennt: Minister Wechsung habe „das Schmähbuch gegen den deutschen Reichstangler“, das Konrad Heiden geschrieben hat, für das beste Buch des Jahres 1936, und es sei jetzt seines, „das im Vorabdruck nach dem Pornographie-Paragrafen beschlagnahmt wurde“. Nun ist das Buch Konrad Heiden über Adolf Hitler ein ernstes wissenschaftliches Werk, ein deutsches Buch im besten Sinne des Wortes, und daß es nicht lauter Lobprüche über den Freund der Mörder von Botemba enthält, der in den Augen unserer SdP-Leute ein Kulturträger ist, liegt wohl nicht an Konrad Heiden, sondern an dem Objekt seines Studiums. Reichstagsbrandstifter, Kameradenmörder und Menschenquäler sind nun einmal in den Augen von Kulturmenschen keine erfreulichen Erscheinungen und schon gar nicht solche, zu deren Lob man verpflichtet werden könnte. Je eher sich das deutsche Volk von ihnen befreit, um so früher wird es den Weg zu Geist, Kultur und Menschlichkeit zurückfinden. Davon, daß das Heiden-Buch auf Grund des Pornographie-Paragrafen beschlagnahmt wurde, dürfte nur dem Herrn Franz Höller etwas bekannt sein; diese Behauptung ist freier zu tun denn. Sine qua non ist Taufend gegen Eins zu setzen, daß der Höller das „verrückte“ Buch Konrad Heiden überhaupt nicht kennt. Ihm genügt es, daß Höller in diesem Buch nicht verherlicht wird: schon ist es der Verdammung wert. Dieser Höller findet es auch bedauerlich, daß Irene Harandb erstes, von stilllichem Verantwortungsgesühl getragenes Buch „Sein Kampf“ von maßgebenden Tischen anerkannt wird, daß der Kanzler Sámal Konrad Heiden schätzt und daß der Fürorgeminister Nečas Heinrich Mann für einen großen deutschen Dichter hält.

Dieser Heinrich Mann hat es überhaupt in sich, wo nur sein Name genannt wird, schäumen die Braunen vor Wut und Franz Höller ist sogar in der Lage, zum Beweise der Verderbtheit Heinrich Manns ein Zitat wiedergeben: „Deutschland host jetzt seine Bestien und seine Verdrückten hervor“ — so schreibt, zum lebhaften Mißvergügen der SdP-Kulturträger, Heinrich Mann und Franz Höller behauptet wahrhaftig, Heinrich Mann predige den Haß gegen das deutsche Volk. Dabei kann kein Zweifel daran sein, daß das arme deutsche Volk von solchen Leuten regiert wird, und daß sich die Kritik der deutschen Menschen an den deutschen Zuständen von heute nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen seine braunen Verderber richtet. Gerade die aber liebt die SdP am meisten, gerade die werden und als das deutsche Volk vorgestellt: die Göring, Goebbels, Ley und andere, die vom Wutsaufen leben.

Das muß doch einen Grund haben, daß die europäischen Völker die gleichgeschaltete Literatur des Dritten Reichs ablehnen und sich für die emigrierte deutsche Literatur entscheiden. Hält man denn bei der SdP diese Völker für analphabetisch? Warum bestand denn vor 1933 kein Grund über die Mißachtung in Deutschland erscheinender Geisteszeugnisse durch andere Völker zu klagen? Doch wohl deshalb, weil damals die deutsche Literatur dem Prinzip des Guten und der Wiffion wahrer Kunst dienen durfte: der Menschen Denken und Fühlen zu bereichern. Die Dichtung des Dritten Reichs, die nach der Meinung Franz Höllers „einer neuen Blütezeit entgegengeht“, mag den Vorzug haben, daß sie von der Reichs-Schrifttumskammer approbiert ist. Aber sie ist Dienst an den blutigen Sektoren der deutschen Freiheit, und sie versucht, die Menschenfresser-Ideologie der Braunen zum Inhalt deutscher Kulturgesinnung zu erheben. Sie ist zur Feilen Dirne der Diktatur geworden und nicht das „Unverständnis“ anderer Völker ist schuld daran, daß man sie nicht mag, sondern der Peßhauß, der ihr entstammt. Es könnte nur eine Sumpf-Blütezeit sein, der sie nach der Meinung der SdP entgegengeht, aber

und dünkelt, daß das eitrige Nazigeschwür am Leibe des deutschen Volkes abfallen wird, bevor sich die Hoffnung der SdP erfüllt, man werde den Lobgesang auf die braune Bestialität als deutsche Literatur werten. Nein, kein deutsches Gegenwartswerk wird überlebt — nicht, weil es deutsch, sondern weil es undeutsch, weil es braun ist!

Selbstverständlich beschäftigt sich Franz Höller auch mit den „marxistischen Feinden der deutschen Kultur“. Dies gab er in Reichenberg von sich: „Die deutschen Sozialdemokraten stehen in allen ihren kulturpolitischen Neuerungen heute Schulter an Schulter mit dem völkischen Gegner in der antideutschen Front. Die ärgsten Verräter gegen Deutschland sind im Verlage der roten Parteidruckerei „Graphia“ in Karlsbad erschienen“. Und er „schließt“: „Wer aber das heiligste Erbe der Vergangenheit und die Kraft unserer Zukunft, unsere Kulturgüter, nicht mehr nach den Gesetzen völkischer Ehre hütet, der bestet vor der Geschichte kein Recht. Mitbestimmung in unserem Lebenskampfe zu fordern.“ — Die Gesetze völkischer Ehre werden heute in Deutschland vom Volksgerichtshof

Das Oberste Gericht weist die Nichtigkeitsbeschwerde des Abgeordneten Hollube zurück

Im Sommer 1935 brachte unsere Toppauer „Volkspreffe“ unter der Ueberschrift „Aus dem Kriminalins Paralamen“, einen Artikel, in welchem ein Disziplinarfall des Kommunisten Köhler besprochen und im Zusammenhang damit der SdP-Abgeordnete Hollube erwähnt worden war.

Köhler hatte seinerzeit im Parlament die SdP-Abgeordneten als „Lumpen und Verräter“ beschimpft und später erklärt, er habe mit seiner Neuerung nur den SdP-Abgeordneten Hollube gemeint, der 1922 in Deutschland wegen eines Diebstahls vier Monate im Gefängnis war. Wegen des unparlamentarischen Ausdrucks wurde dem Abgeordneten Köhler vom Immunitätsausschuß eine Rüge erteilt. Die „Volkspreffe“ brachte damals einen Auszug aus dem Protokoll über diese Angelegenheit, wobei sie den Nachsatz hinzufügte: „Wer in Wirklichkeit als Beurteiler dasteht, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden“. Wegen dieses Nachsatzes und der Titelüberschrift wurde dann die „Volkspreffe“ von Herrn Hollube geflagt. Das Toppauer Kreisgericht sprach jedoch unseren verantwortlichen Redakteur Genossen Albert Exler frei. Gegen dieses freisprechende Urteil rekurrierte Hollube beim Obersten Gericht, wurde aber dort mit seiner Nichtigkeitsbeschwerde abgewiesen. Darüber wurde bereits berichtet. Nunmehr liegt der genaue Wortlaut der obergerichtlichen Entscheidung vor. In der Begründung heißt es unter anderem:

Angesichts des engen Zusammenhangs der Ueberschrift und des Schlusses des Urteils mit den erwähnten Ausführungen des Abgeordneten Köhler liegt klar zutage, daß durch die infamierten Zeile des Urteils nur der Gedanke ausgedrückt werden sollte, daß der Privatankläger, mit Rücksicht auf die erwähnte Verurteilung und Bestrafung, des Abgeordnetenmandates nicht würdig ist. Hierauf weist insbesondere die Ueberschrift des Urteils, „Aus dem Kriminalins Parlament“ hin. Hier wird nicht nur die Bestrafung als solche vorgeworfen, sondern die Ansicht betont, daß der Privatankläger mit Rücksicht auf seine Verurteilung wegen Diebstahls nicht in die Nationalversammlung gelangen sollte. Es ist nicht notwendig, zu prüfen, ob diese Ansicht mit Rücksicht auf das zeitliche Zurücktreten der erwähnten Verurteilung und auf die Qualität der Tat, um welche es sich bei jener Verurteilung handelte, richtig war oder nicht und ob die bezügliche Frage tatsächlich öffentliche Interesse betrifft. Nach dem Vorausgesagten kommt es nur darauf an, ob der Angeklagte als Verfasser des Urteils ein solches Interesse zu wahren vermeinte oder ob er nur in der Absicht handelte den Privatankläger zu schmähen. Und da muß dem Angeführten zufolge geschlossen werden, daß der Angeklagte in einer anderen Absicht, als in der Absicht den Privatankläger zu schmähen, gehandelt hat. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Privatanklägers war also als unbegründet zurückzuweisen.

Natürlich hat infolgedessen Herr Hollube auch die Kosten des Verfahrens zu tragen. Sie wurden mit Kč 1000 bemessen. Dazu kommen noch die sonstigen Spesen. Man kann also nicht sagen, daß es sich für Hollube gelohnt hat zum Kadi zu laufen.

Für die Jugendwehe 1937

können vom Reichssekretariat der „Kinderfreunde“ in Bodenbach, Poststraße 818, folgende Jugendwehebücher bezogen werden:

- „Jugendwehe“, in Leinen gebunden . . . Kč 6.—
- „Dein Weg“, ein Jugendwehebuch, kart. . . Kč 8.—
- in Leinen gebunden . . . Kč 6.—
- „Dir“, Das Leben des Arbeiters, kart. . . Kč 2.—
- gebunden Kč 4.—

und vom Sektier bittiert. Überall in Deutschland dampft das Blut gemordeter Menschen. Aber das heilige Erbe der Vergangenheit bejahen, heißt die braunen Bestien verneinen. Wir sind immerhin bereit, die Losung „Mit Goethe gegen Göring“ als unser Feldgeschrei zu übernehmen. Die SdP meint aber: „Mit Göring gegen Goethe!“

Die Erzeugnisse der „roten Parteidruckerei“ richten sich zum Schube, zur Weitung und zur Rechtfertigung des deutschen Volkes gegen die braunen Sunnen! Wir deutschen Sozialdemokraten haben den deutschen Arbeiter durch unsere Bildungsvereine und unsere Büchereien zum deutschen Buch, zur deutschen Kultur geführt, als die Herren Unternehmer noch den Vierzeinstundentag und die elendesten Hungerlöhne für das Mittel erachteten, das Volk zu ernähren. Unser Kampf ist nicht nur ein Kampf um das Stück Brot, sondern er will den Arbeitern auch die Kulturgüter erobern. Die aber lassen wir uns nicht beschmutzen und mißdeuten von den Trägern der braunen Blutgesinnung, die müssen und werden wir reinhalten und hindüberretten in eine Zeit, da deutsche Kultur nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb Deutschlands wieder Geltung haben wird!

Erfolgreiche Betriebsausschuwahl

Bei der Naolina-W.G. in Pöschehau fand am Freitag die Wahl des Betriebsausschusses statt, die der freien Gewerkschaft, d. i. dem Verband der Glas- und Keramarbeiter, einen schönen Erfolg brachte. Die Liste des Glas- und Keramarbeiterverbandes erhielt 34, die deutsche Arbeitergewerkschaft Gablonz nur 17 Stimmen.

Gegenüber der letzten Wahl im Jahre 1935 verlor die Henkeingewerkschaft 18 Stimmen und ein Mandat, während der freigewerkschaftliche Verband 12 Stimmen und ein Mandat gewann.

Bergarbeiter-Sitzstreik in Kopitz beendet

Am 3. Juni brach in der Staatsgrube „Julius III“ in Kopitz bei der Ausfahrt der Nachmittagschicht ein Hungerstreik aus. 142 Bergleute verblieben untertags. Am 4. Juni traf der Generaldirektor Dr. Ing. Staud in Brüx ein, der in Anwesenheit des Vorstandes des Revierbergamtes, des Regierungsrates Santrock, des Direktors und der Betriebsleiter der Staatsgruben von Brüx sowie in der Gegenwart der Vertreter der Arbeiterchaft — des Betriebsrates und der Organisation — die Forderungen der Bergarbeiter der Grube „Julius III“ behandelte, von denen der größere Teil im Rahmen des Kollektivvertrages bewilligt wurde.

Die streikenden Bergarbeiter der Grube „Julius III“ haben die protokolllarisch vereinbarten Punkte angenommen und sind noch am selben Tage vor Mitternacht ausgefahren.

Aufnahme Deutscher in den Staatsdienst

In der letzten Zeit erfolgte abermals die Aufnahme einer größeren Anzahl deutscher Bewerber in den Staatsdienst, und zwar in mehreren Zweigen der staatlichen Verwaltung. So wurden bei der Post 50 junge Juristen aufgenommen, darunter neun Deutsche, und 40 Techniker, darunter acht Deutsche. Auch mehrere Briefträgerposten wurden mit deutschen Bewerbern besetzt. Bei der Postparafasse in Prag wurden zwei deutsche Beamte aufgenommen und bei weiteren Aufnahmen sollen Deutsche in größerer Zahl berücksichtigt werden. Bei der Landesfinanzdirektion in Prag haben ebenfalls vier deutsche Juristen ihren Dienst angetreten, bei der Landesbehörde in Prag wurden vier deutsche Bewerber als Kanzleibeamte aufgenommen. Vor einigen Tagen haben auch drei deutsche Geometer den Dienst angetreten. (DND.)

Der »Tag des arbeitenden Grenzvolkes« in Asch

Der Programm-Ausschuß des „Tag des arbeitenden Grenzvolkes“ hat seine Vorarbeiten abgeschlossen. Alle Zweige der Bewegung sollen an der Programmgestaltung mitwirken. Die Kinderfreunde werden bereits am Samstag, den 24. Juli, nachmittags mit einer großen Familienfeier im Volkshaus die Reihe der Veranstaltungen einleiten. Die Sportler werden am Samstag Einzelsportwettkämpfe veranstalten, am Sonntag werden die Turner, Sänger, Söhne und Radfahrer einen Festabend bieten. Sonntag werden die Mannschaften der NB, Turner und Söhne am Sportplatz um die Siegeslorbeeren kämpfen, ein eigener Festzug der Familien und Turnerkinder der Straßen beleben und wahrscheinlich auch die Sänger ihre Lieder erschallen lassen. Vormittag soll auch noch der große Festzug mit anschließender Kundgebung sein. Nachmittags gibt es am Festplatz Massenvorführungen der NB, Kinderfreunde, Sportunion und Sänger und am Abend sollen auf einem Festball die Tanzlustigen im Volkshaus noch auf ihre Rechnung kommen.

Wichtige Beratungen der SASI in Prag

Am 4. und 5. Juni fanden in Prag Beratungen der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale statt, an denen sich die Mitglieder des Präsidiums der Internationale sowie Deputierter, Grandet und Bernane aus Belgien beteiligten. Außer den Situationsberichten über den Stand der Internationale, welche Müller, Silaba, Simel, Löwe, Charvat, Sila, Pijchl und Patoková erlauteten und in denen ein erfreulicher Stand der Internationale konstatiert wurde, wurde hauptsächlich über die III. Internationale Arbeiter-Olympiade verhandelt, die neuer in Antwerpen stattfinden wird. Zu diesem Punkte referierten Deputierter und Grandet, die eine ausführliche Uebersicht über die bisher durchgeführten Vorbereitungen zur Olympiade gaben. Aus ihrem Bericht geht hervor, daß die belgischen Genossen bemüht sind, daß die Olympiade in jeder Hinsicht gut vorbereitet und ihr Erfolg gesichert werde. Ausführlich wurde über die Unterbringung und Verpflegung debattiert, hauptsächlich aber über technische Fragen, denn diese sind in erster Reihe für das Gelingen der Olympiade maßgebend. Vereis alle Verbände der Internationale haben ihre Beteiligung zugesagt, so daß man damit rechnen kann, daß mindestens zwanzig Länder aus Europa, Amerika und Palästina sich an der Olympiade beteiligen werden. Was die Beteiligung der Sportler betrifft, so besteht die Hoffnung, daß sie die Beteiligung an der im Jahre 1930 in Wien stattgefundenen Olympiade übertreffen wird.

Nach den Berichten der beiden Vertreter des Olympiade-Ausschusses entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, aus der eine Reihe guter Anregungen und Anträge für die Olympiade hervorging. Alle Anträge wurden einstimmig genehmigt. Bei der Sitzung präsierte Senator Müller, der im Schlusswort das allseitige Interesse für die Olympiade hervorhob, deren Gelingen schon von vornherein gesichert ist.

Nach Abschluß der Sitzung des Präsidiums fanden noch Beratungen von Vertretern der DZJG und des Ktus statt, wobei in Gegenwart der beiden belgischen Genossen Einzelheiten der geplanten Expedition der beiden Verbände zur Olympiade durchberaten wurden. Auch diese Beratungen nahmen einen sehr guten Verlauf und sie wird sicher sehr zum Gelingen beider Expeditionen aus der Tischschloßarbeit beitragen, welche zu den stärksten Abordnungen gehören dürften.

Verblödung

Die „rote Fahne“ vom 5. Juni schreibt:

„Die Redakteure des „Sozialdemokrat“ sorgen für die Verbreitung der Ideologie Hitlers in der Arbeiterbewegung.“

Albert Walter — Direktor des Leitmeritzer Theaters. In Letimerich fand Samstag eine Stadtvertreterung statt, die sich auch mit der Vergabe des Stadttheaters für die Spielzeit 1937/38 zu befassen hatte. Das Theater wurde über Antrag des Stadtrates, der sich bereits lange mit der Angelegenheit beschäftigt, für die nächsten drei Sessoren an Direktor Albert Walter vergeben. Walter war, wie auch der vorletzte Direktor Gründig, Mitglied des Aufführer Stadttheaters.

Der Deutsche Schul-Rundfunk bringt im Juni unter anderem: Am 8. Juni eine Reportage „Lebendige, die Väterstadt“. Ernst Thöner repliziert in Zwiegesprächen mit Repliker Bürgern, mit Unterstützung des Stadtkorrespondenten eines Doppelquartett der „Liedertafel“ ein Bild dieser Stadt geben, die sich vom Ruorst zur Industriestadt entwickelt hat. — Im Stifterhaus zu Dobruška heißt eine für den 22. Juni anberaumte Reportage. Der Schulfunk ist in Oberplan zum Gast. Stiftererinnerungen werden aufgeführt und im Anschluß an diese Besichtigung werden zahlreiche Bürger aus Oberplan, Kinder und Erwachsene von Stifter erzählen und kurze Bilder aus seinen Werken auf dem Marktplatz zu Oberplan szenisch darstellen.

Die Woche



Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Demokratischer Wirtschaftsblock in Nord-Europa

(Dr. W. G.) Mit dem erfolgreichen Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen der sogenannten Oslo-Länder im Haag (Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Holland und Belgien-Luxemburg), ist der Plan des holländischen Wirtschaftsministers Dr. Colijn verwirklicht worden. Es ist ein neuer Großwirtschaftsraum in Nordeuropa aus lauter kleinen demokratischen Staaten gebildet worden, mit dem man in Zukunft in Europa wieder rechnen muß. Der verwirklichte Plan Dr. Colijns besteht zugleich die Wichtigkeit des Godja-Planes von der Schaffung von Großwirtschaftsräumen und damit von der Befriedung der Völker. Wenn kürzlich die „Deutsche diplomatische Korrespondenz“ schrieb: „Die Feststellung, daß die politische und wirtschaftliche Zukunftsentwicklung im Donauraum ohne aktive Teilnahme Deutschlands undenkbar und undurchführbar ist, läßt erkennen, daß unnatürliche Kombinationen wie etwa der Godja-Plan keine Resonanz finden“, so werden diese Behauptungen nicht nur durch die Wirtschaftsvereinbarungen der Kleinen Entente, sondern namentlich auch durch den Oslo-Pakt widerlegt.

Vorher es zum Vertrage zwischen den Oslo-Ländern kam, mußten nicht nur wirtschaftliche und handelspolitische, sondern auch politische Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Mit der Zustimmung Englands und Sowjetrusslands zu den geplanten Vereinbarungen waren die politischen Schwierigkeiten und der Gegenbruch Deutschlands ausgeglichen. Wirtschaftlich und handelspolitisch befanden insofern große Hindernisse, als sich zwei Gruppen verschiedener Struktur im Haag gegenüber standen. Es waren dies: die Schutzgruppen (Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland und Niederländisch-Indien) und die Kontingentsgruppe (deren Schutzsystem die Kontingenterung ist), welche die Länder Holland, Belgien-Luxemburg angehören.

Das Entgegenkommen der Oslo-Länder ist daher verschiedener Art. Die Schutzgruppen haben allen Teilnehmern gegenüber die Verpflichtung übernommen, für eine Reihe von Waren keinerlei Erhöhung von Zöllen, Abgaben usw. vorzunehmen. Auch sonstige Handelsbeschränkungen (etwa nachträgliche Kontingenterung) dürfen für diese Waren nicht eingeführt werden. Die andere Gruppe (Kontingentsgruppe) hat sich bereit erklärt, für eine Reihe von Waren freie Einfuhr zuzugestehen, sofern der Ursprung der Waren aus den Vertragsländern besichert wird. Wo Einfuhrbeschränkungen bislang erforderlich waren, sollen sie nunmehr anstandslos erteilt werden. Die Zolltarife für diese Waren dürfen nicht erhöht werden.

Ein viel wichtigerer Teil der Oslo-Konvention besteht indes in der Verpflichtung der Vertragsländer, die gegenseitige Konkurrenz im Export zu beschränken und die vielfach angewandten Dumpingmethoden vollständig einzustellen.

Das Oslo-Abkommen wird am 1. Juni 1937 in Kraft treten und zunächst ein Jahr Gültigkeit haben. Vor Ablauf der Konvention werden die Vertragsstaaten über Erweiterung und Verlängerung des Abkommens verhandeln. Jede Regierung kann, sobald zwingende Umstände es erfordern, von einem Teile der Konvention und auch ganz zurücktreten.

Von großer Wichtigkeit ist ferner, daß die Beteiligung anderer Länder am Oslo-Abkommen jedem Lande möglich ist. — Es besteht kein Zweifel, daß die nord-europäische Wirtschaftsraumbildung ihre Wirkung auf die Staaten des Donauraums nicht verfehlen wird, zumal da hier der Beweis geliefert wurde, daß auch große wirtschaftliche und handelspolitische Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden können, wenn auf allen Seiten der Wille zur Verständigung vorhanden ist. Wenn auch die Oslo-Konvention keine politischen Vereinbarungen enthält, so erscheint der nord-europäische Pakt dennoch von großer Bedeutung für den Schutz des Friedens in Europa, da jede Verringerung von Rivalitäten, die seien politisch oder wirtschaftlich, den Krieg verhindert und den Frieden sichert.

Vor schweren Auseinandersetzungen in der Neutitschener Hutindustrie

In der Neutitschener Hutindustrie sind seit dem Herbst 1936 wiederum ungefähr 5000 Arbeitnehmer beschäftigt. Im Dezember brachten sie durch ihre Betriebsratsorganisationen Forderungen ein, die auf die Gewährung einer einmaligen Ausbisse in der Höhe von zwei Wochenlöhnen gerichtet waren, das heißt: im minimalen Fall befähigt eine Arbeiterin 100 Kč, im maximalen Fall ein Arbeiter 340 Kč. Das ist sicher keine zu weit gehende Forderung, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter in den letzten Jahren hauptsächlich von Ernährungsarten und Arbeitslosenunterstützung gelebt haben, während die Industriellen massenhafte Investitionen vorgenommen haben, durch welche die Erzeugung um ein Vielfaches gesteigert wurde, ohne daß der Lohn der Arbeiter auch nur um einen Teil gestiegen wäre.

Trotz dieser Tatsachen haben die Industriellen in ihrer Antwort Ausbisse von nicht mehr als

15 Kč im Minimalfalle bis zu einem Maximum — wenn der Arbeiter fünf Kinder hat — von 190 Kč angeboten. Familienerhalter ohne Kinder bekamen danach nur 80 Kč. Die Ausbisse soll dabei in zwei Raten ausbezahlt werden!

Es ist natürlich, daß die Vertreter der Arbeiterschaft dieses Angebot abgelehnt haben. Die Unternehmer haben die Verantwortung auf sich genommen für eine Verschärfung der Bewegung und wenn sie auf ihrem Standpunkt beharren, tragen sie die Schuld, wenn die Arbeiter zu weiteren Schritten gezwungen werden.

Lohnbewegung in der Jägerndorfer Tuchindustrie

Die Union der Textilarbeiter hat in einer Eingabe an den Jägerndorfer Industriellenverband die Wiedergutmachung des in den Krisenjahren durchgeführten Lohnabbaus verlangt. Ueber die Berechtigung dieser Forderung ist wohl jede Erörterung überflüssig. In einzelnen Betrieben wurden z. B. die Altlöhne bis zu 30 Prozent und mehr abgebaut. Außerdem wurden im Jahre 1931 auch die sogenannten einmaligen Ausbissen eingestellt. Das Gesamteinkommen der Jägerndorfer Textilarbeiter ist, wenn die Kurzarbeit mit berücksichtigt wird, um 40 bis 50 Prozent gesunken. Die Verhandlungen über die Forderungen werden in der nächsten Zeit aufgenommen werden und die Unternehmer werden sich zu größeren Zugeständnissen entschließen müssen, wenn der Friede in den Betrieben erhalten bleiben soll.

Teilstreiks in Porzellanbetrieben

Bei der Firma S. E. Maier & Co. in Pöschkebau sind die Druckerinnen wegen Nichterhaltung des Kollektivvertrages in den Streik getreten. Die Verhandlungen haben bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt, weil die Firma sich weigert, die Lohnbestimmungen des Kollektivvertrages einzuführen.

Bei der Firma „Epiag“ in Dallwitz streikten die Paderinnen. Verhandlungen über die Lohnfragen führten bisher zu keinem Ergebnis und mußten nach mehrstündiger Dauer abgebrochen werden, weil die Firma keine Konzessionen machte.

Exportorganisation der Einheitspreisgeschäfte

Die Einheitspreisgeschäfte haben sich an die Regierung mit einem ausführlichen Memorandum gewendet, worin das Ersuchen ausgesprochen wird, das Gesetz Nr. 251 v. J. 1933 und die es ergänzenden Regierungsverordnungen über den 1. Jänner 1940 hinaus nicht mehr zu verlängern und von weiteren, die Einheitspreisgeschäfte einschränkenden Maßnahmen abzusehen. Gleichzeitig schreiben die Einheitspreisgeschäfte an einen Ausbau ihrer Exporttätigkeit. Damit im Zusammenhang steht auch der Aufenthalt einiger führenden Funktionäre im europäischen Ausland sowie in Liebersee. Bisher betrug der Export der drei führenden tschechoslowakischen Einheitspreisgeschäfte rund 25 Millionen Kč jährlich, doch soll diese Ziffer bereits heuer wesentlich gesteigert werden. (DND)

Gemeinsame Verkaufsorganisation der Weizen exportierenden Donaustaaten?

Belgrad. „Jugoslovenski Kurir“ meldet, daß in den südbalkanischen Wirtschaftsreisen der Dubauffer Vorschlag auf Organisation eines Verkaufsbüros für den Weizenverkauf der Donaustaaten Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien günstig aufgenommen worden sei.

Zweierlei Pastoren

Merkwürdiger Zufall: Vier Tage nachdem der Bischof von Wlitz, Mgr. von Galien, gegen beleidigende Worte des Kirchenministers heftig protestierte, bedauerte, „daß der Reichslangler einen Mann zum Kirchenminister ernannt habe, der sich offenbar über Glaubenssachen mokierte“, worauf Mgr. v. Galien verlangt, „zusammen mit den protestantischen Deutschen müsse die katholische Kirche den Kampf gegen die Feinde des Christentums und für die Erhaltung der kirchlichen Stellung führen“. — vier Tage später, fand am gleichen Sonntag, dem 23. Mai 37, in Frankfurt a. M. der „Evangelisch-sozialer Kongress“, in Teplitz gleichzeitig eine „Evangelische Weltkonferenz“ und „Gebung“ unter Dr. Behrenfennig statt. Das ist wohl nicht ganz dasselbe: Im Norden noch ein leichtes Beugnehmen auf das Reich des Sozialismus, das in Deutschland wahrlich nicht von dieser Welt ist; im Süden dagegen ein — nordischer Ultramontanismus, dessen „Weltentnis“ weder auf religiöse noch soziale Forderungen, sondern auf Konformismus mit den NS-Führern gegen „Liberalismus“ und „Völkerschweismus“ vorwiegend und überhaupt Bedacht nimmt.

Daß sich die reichsdeutsche und die sudeten-deutsche Kirchenversammlung paradox genug zueinander verhalten, wie ein „geistlicher Vorbehalt“ zu einem Strammstehen bei Befehlsausgabe, geht völlig klar aus den Berichten des „Prager Tagblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“ vom gleichen Tage, dem 25. Mai 37, hervor, deren Hauptfäße wir nachfolgend einander gegenüberstellen. Auch die Wehrkraft der Medner in Deutschland und der eine bischöflichenlose Kirchenführer in den Sudeten, sind bezeichnend für die Organisationsform.

Zum erstenmal sei dieser Vorschlag vor sechs bis sieben Jahren gemacht worden, damals war aber die politische Lage eine andere. Heute ist sie für die Durchführung solcher Vorschläge viel günstiger.

Der Streik der Stahlarbeiter in USA

Chicago. Der Streik in der Stahlindustrie, an dem mindestens 150.000 Arbeiter in den Staaten Illinois, Indiana, Ohio und Pennsylvania beteiligt sind, ist, wie es scheint, an einem toten Punkt angelangt. John Lewis hält die Forderung aufrecht, daß keine Organisation von den Arbeitnehmern als die einzige Vertreterin der Arbeiterschaft anerkannt werde, während sich die Unternehmergesellschaften gegen diese Forderung wehren. Der Streik verläuft in einer nervösen Atmosphäre. In den südlichen Vorstädten von Chicago verteilen sich die Streikposten, um alle Werke der Gesellschaft „Republic Steel“, in welchen ungefähr 2000 Arbeiter beschäftigt werden. Die Gebäude werden von einigen hundert Polizisten und bewaffneten Aufsehern bewacht. Die Fabriken der Gesellschaft „Inland Steel“ und „Youngstown“, „Sheeluburn Company“ sind gesperrt und die Arbeit ist vollkommen unterbrochen. Man darf annehmen, daß der Sieg eine Frage der Ausdauer sein wird. Die von dem Streik betroffenen Fabriken hatten eben große Bestellungen zu erledigen und man ist deshalb der Meinung, daß die Direktoren hohe Konventionalstrafen wegen Nichterhaltung der Lieferfristen werden zu zahlen haben.

Ausland

Der eiserne Ring um Bilbao

Bilbao. Der Sonderberichterstatter der „Agence Espagne“ schreibt unter dem 2. Juni:

Heute morgen um 6 Uhr nahm ich Platz auf einem der Lastautos, die mit Konstruktionsmaterial beladen in Richtung auf den Befestigungsring um Bilbao fahren. Trotz des Regens, trotz der Hitze und Flugangriffe, arbeitet man Tag und Nacht, um die Widerstandsfähigkeit des berühmten eisernen Gürtels zu verstärken. Ich bin in die Berge gestiegen, um ihn zu besichtigen. Alle Wege nach Bilbao sind gut verteidigt. Langsam ziehen große Oxfen mit Zement und Eisenbarren beladene Wagen, die zur Konstruktion von Unterständen und Schutzmauern dienen werden. Maultiere klettern die steilen Pfade entlang und bringen Wasser und Lebensmittel den Leuten, die dort schwere Arbeit leisten. An gewissen Stellen, wo die Arbeit leichter ist, hat man auch Frauen eingestellt. Ich habe mit einem jungen Mädchen von 17 Jahren gesprochen. Sie sagt: „Wenn wir Körbe mit Erde tragen, wenn wir Säcke mit Sand füllen, wenn wir den Boden aufgraben, dann singen wir. Es scheint alles viel leichter zu sein, wenn wir singen. Ein Glück, daß es heute regnet. Wenn schönes Wetter ist, habe ich große Angst vor Bombenflügen.“ Wir arbeiten hier von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Ich verdiene 6,50 Peseten und man bringt mir zu essen. Das ist hart, aber ich bin stolz darauf, für meine Stadt Arbeit zu leisten.“ Die junge Arbeiterin fügt hinzu: „Wir werden bald nicht mehr den Mut haben, bei uns zu Hause in Las Arenas zu wohnen. Gestern nachmittags 4 Uhr sind Bomben auf drei von unseren Nachbarn gefallen. Woher kamen diese Geschosse? Wir haben nichts gesehen. Wir haben keinen Flugzeugmotor gehört, man hat nicht Alarm gegeben. Durch einen glücklichen Umstand



befand sich niemand in den Häusern, die jetzt Ruinen sind. Diese Häuser sind so gelegen, daß sie von Kriegsschiffen bombardiert werden können. Aber niemand weiß genau, woher die Bomben und Geschosse kamen. Mein Onkel erzählte mir, daß diese Geschosse größer waren als alle, die man aus den Kanonen der Rebellen schiffe abschießen kann. Alle im Dorfe glauben, daß es sich um neuem um Los Alamos handelt. Im Hofen gibt es Frauen, die mit ihren Kindern Tag und Nacht in den Unterständen bleiben. Nachts waschen sie die Wäsche. Sie sind so müde und nervös, daß für sie der kleinste Vogel zu einem Flugzeug wird. Wir alle haben schreckliche Angst vor diesen mythischen Schüssen.“ — Der Regen fällt weiter. — Die Front bleibt ruhig. — Die junge Arbeiterin lächelt und nimmt ihre Arbeit wieder auf.

Überall »Trojkisten«

Stalingrad. (Havas.) Der Stalingrader Sowjet hat seinen Vorsitzenden Stawrowezki sowie dessen Stellvertreter Jegorow zu Staatsfeinden erklärt. In ihre Stelle wurde Sidjanow zum Vorsitzenden gewählt, der am Bürgerkrieg teilgenommen hatte und Inhaber des Ordens der Roten Fahne ist. Die Versammlung stellte fest, daß in den Sowjet trojkistischen und andere Schädlinge Elemente eingebunden waren und daß den Wählern zwei Jahre hindurch kein Bericht erstattet wurde.

Die neue japanische Regierung zeigt folgende Zusammenfassung: Ministerpräsident: Furti Konohe, Außenminister: Hirota, Kriegsminister: Suwayama, Marineminister: Yonai, Finanzminister: Kaya, Innenminister: Baba, Justizminister: Shieno, Unterrichtsminister: Yajima, Arbeitsminister: Graf Arima, Handelsminister: Yoshino, Verkehrsminister: Kagai, Eisenbahnminister: Kakijima, Liebersee-Angelegenheiten: Ota, Erster Sekretär des Kabinetts: Kazami, Chef des Legislativ-Amtes: Yaji.

Tuchatschewski verhaftet? Der regierungsfreundliche polnische „Expresz Poranny“ meldet unter Berufung auf eine sichere Informationsquelle aus Warschau, daß Marschall Tuchatschewski jetzt verhaftet worden sei. Die Verhaftung sei bereits vor fünf Tagen erfolgt, werde aber geheimgehalten. Die Verhaftung stehe im Zusammenhang mit dem unlängst bekanntgewordenen Selbstmord des Kommissars Gamarin.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bei Magen- und Darmkrankungen, Sodbrennen, Lebererkrankung, wird der stark alkalische Bitter Sauberbrunn wegen seiner säurelösenden, nicht blähenden und die Verdauung anregenden Wirkung vorzugsweise verordnet! Ueber Hautrinfuren wird Sie Ihr Arzt beraten!

Weder Staat noch Kirche könnten eine Volksgemeinschaft „machen“. Die Weltanschauung völkischer Prägung, verbunden mit dem Prinzip einheitlicher politischer Organisation, beschränkt die Volksgemeinschaft, indem sie den ausschließlichen, der... nicht zu ihr gehören soll... Wenn es aber das Wesen der Politik sei, einen Feind zu haben, so sei es das Wesen der christlichen Kirche, einen Nächsten zu haben, denn es sei nicht süß, zu sein, was man ist... Indem Gott die Obrigkeit eingesetzt habe, habe er sich keineswegs abgesetzt... Die Kirche wolle und müsse unpolitisch sein, denn nur eine unpolitische Kirche könne von den politischen Mächten geachtet werden. Politik aber könne nur „verbündlich und verantwortlich“ gestaltet werden. Wer aber, wie die Kirche, dazu nicht berufen sei, könne auch nicht sagen, wie man es machen solle.

Was sein Behrenfennischer Tagesbefehl. Warum interessieren uns Theologengespräche? Weil die gleitende unauffällige Werbung für den Faschismus, die in religiösen und allgemein kulturellen Auffangorganisationen oder Fachorganisationen vor sich geht, wichtiger und gefährlicher ist, als das gewöhnliche Kompanie-Ergreifen innerhalb der eigentlichen SDP „Sympathisierende“, „unabhängige“, „kulturautonome“ Organisationen „überparteilicher“ Art bedeuten für eine Partei dasselbe, wie ein Kolonialkaum oder Einflußbereich für den Staat, die empfindliche und leicht erregbare Zone, in der Parteizuwachs zu erhoffen ist; die man offiziell nicht kennt und tatsächlich mit Argusaugen betrachtet. Eine Störung des politischen Konversionsprozesses ist gefahrlicher, als eine Polemik gegen fest Ueberzeugte.

Laut Prager Bericht befahl sich Behrenfennig damit, wie sich die Kirche zum Volkstum einstellen müsse und wie sie sich gegen eine Bedrängung durch den Völkischewismus oder etwaige Rüdewirlungen in der religiösen Auseinandersetzung in Deutschland zu verhalten habe. In einer Resolution wird das Festhalten am deutschen Geistesleben der Vergangenheit hervorgehoben, dann erfolgte aber eine Abgabe an alle „liberalistischen Zerkleinerungen“. Was in verständliches Deutsch übersetzt heißt: Die Pfarrer fühlen sich nur „etwaig“ von der SA bedroht, denn diese ohrfeigt ja bloß „Amisbrüder“, die zwar „Völkisch-deutsche“ aber Ausländer sind, wer aber sind jene rätselhaften „Völkischewisten“, deren Bedrohung nicht „etwaig“ ist, sondern im Indisputat fest? „Bedrängt“ ist doch der Prager deutsche Pfarrer bisher nur ein einziges Mal worden; nicht gerade von Mitgliedern der SA, sondern von der Prager Polize, die ihn wegen Schutzgeldverweigerung ein wenig beobachtet. Sehr wohl kann das kaum tun, wenn man dann weiterhin erfährt, daß nach den völkischen Anschauungen Behrenfennig die in Deutschland landesübliche Verjaugung aus der Partei lediglich eine „Ausländersehung“ (deutsche Uebersetzung für „Diskussion“) ist.

Dagegen sagt der Frankfurter Bericht: „Pfarrer D. Herz... betonte, daß der „Evangelisch-sozialer Kongress“... immer getragen gewesen sei von der Idee der sozialen Erhellung... Damals habe der Kongress, Werksethik des Arbeitgebers und Arbeitnehmers“ zur Erörterung gestellt. Die Arbeit des Kongresses sei auch heute nicht überflüssig... Die Gewissen zu schärfen... Völler einer und reiner Klasse gebe es nicht...“

